

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 18.04.2018

Von Volker Hermsdorf, Havanna

19.04.2018

Stabwechsel in Havanna

Kubas Parlament entscheidet über den künftigen Staatschef. Vizepräsident und Außenminister gelten als Favoriten



Der bisherige Erste Vizepräsident Kubas, Miguel Díaz-Canel, auf dem VII. Parteitag der KP Kubas im April 2016

Foto: Omara García Mederos/EPA

Am heutigen Mittwoch – und damit einen Tag eher als ursprünglich geplant – beginnt in Havanna eine historische Tagung des kubanischen Parlaments. In der zweitägigen Sitzung werden ein neuer Präsident und die weiteren 30 Mitglieder des Staatsrates gewählt. Damit

endet auch das Mandat von Raúl Castro als Vorsitzendem des Staats- und Ministerrats. Er hatte bereits im Vorfeld angekündigt, nicht wieder für das höchste Amt der Republik Kuba zu kandidieren. Allerdings bleibt er als Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) auf der politischen Bühne präsent. In seinem Wahlbezirk Santiago de Cuba wurde er zudem wieder in die Nationalversammlung der Volksmacht gewählt und gehört dem Parlament somit als einfacher Abgeordneter an. Wie der scheidende Präsident kürzlich vor Journalisten erklärte, wird das neue Parlament seine Sitzungen bereits in diesem Jahr wieder im Kapitol (Capitolio) von Havanna abhalten können. Das 1929 eingeweihte Gebäude soll nach einer aufwendigen Renovierung wieder zum festen Sitz der Legislative werden.

Kein offizieller Kandidat

Offiziell wurde im Vorfeld der Sitzung kein Kandidat für die Nachfolge Castros benannt. In internationalen Medien wird der bisherige Erste Vizepräsident Kubas, der 57jährige Elektronikingenieur Miguel Díaz-Canel, als Anwärter für den Posten gehandelt. Doch es gibt in Havanna auch manchen, der eine »Überraschung« nicht ausschließt. Für die Wahl Díaz-Canels spricht die hohe Reputation, die er sich als Erster Sekretär der PCC in den Provinzen Villa Clara (ab 1994) und Holguín (ab 2003) erwarb. Dem Oberstleutnant der Revolutionären Streitkräfte wird die Bewältigung der innen- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen zugetraut. Außenpolitisch hat er dagegen bislang wenig Profil zeigen können. Das ist ein Pluspunkt für den bisherigen Außenminister Bruno Rodríguez, dessen Name von Beobachtern ebenfalls seit einiger Zeit ins Spiel gebracht wurde. Der 60jährige Rechtsanwalt wird von Amtskollegen und Regierungschefs weltweit als scharfsinniger Gesprächspartner und brillanter Redner geschätzt, verfügt allerdings über geringere innen- und wirtschaftspolitische Erfahrungen als Díaz-Canel.

Ob neben diesen beiden noch weitere »Überraschkandidaten« im Spiel sind, ist eine der Fragen, die die wohl am morgigen Donnerstag stattfindende Präsidentenwahl in Kuba bis zuletzt spannend machen. Nach einer Regelung, die demnächst in die Verfassung aufgenommen werden soll, kann Kubas Präsident künftig nur einmal wiedergewählt werden.

Wer auch immer an der Spitze des Staats- und Ministerrats stehen wird – er hat eine Reihe von komplexen Herausforderungen zu bewältigen. Zu den Erwartungen auch an ihn gehören die weitere Gestaltung des laufenden Veränderungsprozesses, der Erhalt und Ausbau des kubanischen Sozialmodells, die Abschaffung der Doppelwährung sowie

Fortschritte im Kampf gegen die negativen Folgen der nach wie vor bestehenden Blockade durch die USA.

Kurz vor der Parlamentswahl am 11. März hatte Díaz-Canel auf die »historische Bedeutung« des Generationenwechsels hingewiesen, der in einer schwierigen internationalen Lage stattfindet, »die durch die Verschärfung der Blockade gegen Kuba und die Versuche der USA gekennzeichnet ist, die Revolution zu zerstören«. Am Wahltag erklärte er ergänzend: »Vor uns steht auch eine ideologische Herausforderung, die im Kampf gegen die Hegemonie pseudokultureller Werte besteht, die man uns aufzuzwingen versucht«.

Contras machen mobil

Die Gegner des kubanischen Gesellschaftssystems haben bereits neue Kampagnen zu dessen Destabilisierung ins Rollen gebracht. »Die Opposition und die Dissidenz müssen sich vorbereiten. Sie müssen Bedingungen schaffen, die es ihnen erlauben, zu handeln und Druck auszuüben, um die künftige Entwicklung zu beeinflussen«, forderte das von Madrid aus betriebene und über das »National Endowment for Democracy« (NED) aus US-Staatsgeldern finanzierte Internetportal *Diario de Cuba*. Am Rande des Amerikagipfels in Lima forderte Boliviens Expräsident Jorge Quiroga am Mittwoch vergangener Woche im Namen der »Demokratischen Initiative Spaniens und der Amerikas« (IDEA) die Regierungen der Region auf, dem künftigen Präsidenten, der Regierung und dem Parlament Kubas die Anerkennung zu verweigern. Der in Miami sitzenden IDEA gehören 37 rechtskonservative ehemalige Staats- und Regierungschefs aus Amerika und Spanien an. Vielen von ihnen werden in ihren Heimatländern Unterdrückung, Gewalt, Verbindung zu rechten Paramilitärs und Drogenbanden, Korruption oder andere Delikte vorgeworfen. Auch Quiroga, der unter dem Diktator Hugo Banzer Vizepräsident Boliviens war, gehört zu diesem Kreis. Als Präsident (2001–2002) verschleuderte er Gas, Öl und wichtige Wirtschaftszweige zu Spottpreisen an US-Unternehmen, wodurch die Armut der Bevölkerung sprunghaft anstieg. Nach dem Amtsantritt des linken Präsidenten Evo Morales wurde Quiroga 2010 in Bolivien zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt, entzog sich den Strafverfolgungsbehörden aber durch Flucht und hält sich seitdem überwiegend in den USA auf.